

stans) oder ihre Unterstützung vorgeworfen. Zeitweise befanden sich über 10.000 (zumeist) kurdische JournalistInnen, RechtsanwältInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, Frauenaktivistinnen, BürgermeisterInnen oder Studierende in Haft. Mit zahlreichen Informations- und Protestveranstaltungen wurden diese Willkürverfahren hierzulande einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Vor dem Hintergrund der zunehmend repressiven, antidemokratischen AKP-Politik konnte die Kampagne 2012 erfolgreich die geplante Verleihung des Steiger-Awards an Ministerpräsident Erdoğan in öffentliche Kritik bringen und gemeinsam mit einem breiten Protest-Bündnis verhindern.

Die türkische Regierung ist wegen massiver Menschenrechtsverletzungen, Angriffen auf die Presse- und Meinungsfreiheit und der politisch instrumentalisierten Justiz auch international stark unter Druck geraten. Alle bislang von der AKP beschlossenen Justizreformen und „Demokratiepakete“ haben jedoch keine wesentlichen Fortschritte gebracht. Besonders zu nennen sei hier die Situation von Hunderten schwerkranker Gefangener oder der inhaftierten Kinder, die häufig systematischen Vergewaltigungen ausgesetzt sind. In letzter Zeit gab es zwar zahlreiche Haftentlassungen, die KCK-Verfahren wurden jedoch nicht eingestellt und die Tausende Gefangenen und Angeklagten werden vom Staat nach wie vor als Geiseln betrachtet. Ohne freie politische Betätigung, die Abschaffung der Antiterrorgesetze und die Freilassung der politischen Gefangenen wird es keine Fortschritte bei der Demokratisierung der Türkei und im Dialogprozess für eine politische Lösung der kurdischen Frage geben.

### Rojava

In drei nördlichen Regionen des Staatsgebiets von Syrien – von den dort lebenden KurdInnen als Rojava (West-Kurdistan) bezeichnet – vollzieht sich eine Entwicklung, die dem Trend im restlichen Syrien entgegengesetzt ist und große Hoffnungen auf tatsächlichen Frieden, Demokratie und Toleranz unter den Bevölkerungsteilen weckt. Im Sommer 2012 beginnend haben der Volksrat Westkurdistans, der von der größten kurdischen Partei PYD (Partei der demokratischen Einheit) und weiteren kurdischen Parteien und Organisationen auf Grundlage von rätedemokratischen Strukturen aufgebaut wurde,

und die mit ihm eng zusammenarbeitenden Volksverteidigungskräfte (YPG) schrittweise bis heute die meisten ihrer Gebiete befreit. Ziel ist der Aufbau einer rätedemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft. Unter wachsender Teilnahme der arabischen, assyrischen und anderer Bevölkerungsteile wurde außerdem eine breit getragene Interimsregierung gebildet. Vor allem der türkischen Regierung ist diese Entwicklung ein Dorn im Auge. Von Saudi Arabien und Katar finanzierte dschihadistische Gruppierungen wie Al Nusra und ISIS können das an Rojava angrenzende Staatsgebiet der Türkei als logistisches Hinterland nutzen und diese Grenze auch jederzeit überqueren, um Massaker an der kurdischen, arabischen und assyrischen Bevölkerung anzurichten, insofern die YPG nicht rechtzeitig vor Ort ist und Widerstand leistet. Die internationale Gemeinschaft, vor allem auch Deutschland, als Mitglied der sich „Freunde Syriens“ nennenden Staatengemeinschaft, schweigen nicht nur zu diesem von der Türkei mit kontrollierten Krieg gegen die Bevölkerung in Rojava, sondern sichern dieses Vorgehen innerhalb der NATO durch die Stationierung von Patriot-Flugabwehrraketen auch noch militärisch ab. Parallel dazu hat die Türkei die Grenzen zu den drei selbstverwalteten Gebieten in Syrien geschlossen und ein Embargo verhängt. Zu verurteilen ist auch das Schließen des Grenzübergangs von und nach Süd-Kurdistan (Nordirak) durch die konservative kurdische Regionalregierung unter Barzani (KDP). Durch das Embargo mangelt es zur Zeit vor allem an Medikamenten und Babynahrung. Deswegen unterstützt die Kampagne TATORT KURDISTAN konkrete Projekte vor Ort. Aktuelle Informationen dazu und Berichte der TATORT KURDISTAN Delegation nach Rojava findet ihr auf dem

Blog der Kampagne.



Vi.S.d.P.: Halim Dener, Steintor 16, 30694 Hannover

# RÜSTUNGS EXPORTE

INTERNATIONALE REPRESSION

# PROFITE

DEUTSCHER UNTERNEHMEN IN KURDISTAN

SABOTAGE DER KURDISCHEN  
SELBSTVERWALTUNG

DEUTSCHE PANZER  
VON ARABIEN BIS KURDISTAN IM EINSATZ



Infos der Kampagne „Tatort Kurdistan“: <http://tatortkurdistan.blogspot.de/>

# Kampagne TATORT KURDISTAN

Wie in vielen Teilen des Mittleren Ostens herrscht auch in Kurdistan seit Jahrzehnten Krieg gegen die Bevölkerung. Ethnische, religiöse, ideologische oder nationale Konflikte beherrschen die Medien, aber oft stehen im Hintergrund die Interessen internationaler Konzerne, regionaler Regierungen und ihr nahstehender Oligarchien. Widerstand wird als „Terrorismus“ kriminalisiert und denunziert. Trotz des Teiltrückzuges der kurdischen Guerilla aus der Türkei aufgrund der seit Ende 2012 laufenden Gespräche der türkischen Regierung mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan liegt eine politische Lösung des Konflikts in weiter Ferne. Vielmehr wurde der de facto Waffenstillstand genutzt, um massiv neue Militärstützpunkte und Stauseen in den kurdischen Gebieten zu errichten. In Rojava, den befreiten kurdischen Gebieten im Nordosten Syriens, greifen Dschihadisten der Al Nusra Front und ISIS mit offener Unterstützung der Türkei fast täglich die Bevölkerung an. Die Kampagne TATORT KURDISTAN will die deutsche Verantwortung an diesen Kriegen und an dieser Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik sichtbar machen. Zur Teilnahme sind alle interessierten Einzelpersonen und Gruppen eingeladen: kurdische Vereine, FriedensaktivistInnen, NGOs, Gewerkschaften, RüstungsgegnerInnen, UmweltaktivistInnen, Flüchtlinge, Feministinnen, Flüchtlingsräte und ihre UnterstützerInnen, Antifa- und autonome Gruppen. Unser Internet-Blog gibt einen Überblick über Termine, Kontakte, Aktionen und Hintergründe.

## Rüstungsexporte, NATO-Zusammenarbeit, Kriegsverbrechen

Deutschland ist nach den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Ein Hauptabnehmer ist trotz des seit über 30 Jahren anhaltenden Krieges in Kurdistan die Türkei. Laut Rüstungsexportberichten der Bundesregierung vergab das Bundeswirtschaftsministerium in den Jahren von 1999 bis 2012 Ausfuhrgenehmigungen für Kriegsgerät im Wert von 3,2 Milliarden Euro. Geliefert wurden unter anderem Kriegsschiffe, U-Boote, Lenkflugkörper, Feuerleit- und Kommunikationssysteme, Flugzeugteile sowie mehr als 300 Kampfpanzer „Leopard“ aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann. Parallel zu den direkten Waffenexporten, die gut dokumentiert bei der Aufstandsbekämpfung in Kurdistan zum Einsatz kamen, wurde in der Türkei mit deutscher Hilfe kontinuierlich ein eigener militärischer Komplex aufgebaut. Den Hauptanteil dabei trugen die Waffenschmieden Heckler und Koch sowie Rheinmetall bei, indem sie Lizenzen zum Nachbau ihrer Sturm- und Maschinengewehre an türkische Unternehmen erteilten. Mittlerweile hat sich die Türkei aber auch zum begehrten Entwicklungspartner für Hightech-Waffen wie Lenkraketen und Kampfdrohnen entwickelt. Dagegen protestieren wir auch mit anderen Bündnispartnern in der Kampagne „Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!“ Seit Jahrzehnten besteht auch im Rahmen der NATO oder anderer internationaler oder binationaler Abkom-

men eine intensive militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei. Dazu zählen die Ausbildung von Militär- und Polizeioffizieren in Deutschland, aber auch regelmäßige gemeinsame Lageinschätzungen im Umfeld des türkisch-kurdischen Konflikts, die meist dazu führen, neue Repressionsmaßnahmen zu beschließen. Der lang gehegte Verdacht, dass die türkische Armee völkerrechtswidrig auch Giftgas gegen die kurdische Guerilla einsetzt, konnte 2010 durch Recherchen einer Delegation von TATORT KURDISTAN im Raum Colemêrg (Hakkari) bestätigt werden. Die Analyse des übergebenen Bildmaterials zeigte, dass im September 2009 dort acht Guerillakämpfer durch Giftgas getötet wurden.

## Hintergrund Infrastrukturprojekte

Das starke Interesse der BRD-Wirtschaft am türkischen Staat ist in der geostrategischen Lage der Türkei begründet. Dabei ist ihre Funktion eines Knotenpunktes für Energie- und Infrastrukturprojekte zwischen Europa, dem Mittleren Osten und der Kaukasusregion ausschlaggebend. Erdöl und Gas für den europäischen Markt vor allem aus dem Raum Kaspisches Meer machen die Republik Türkei als Transitland interessant. Dies zeigen die Pläne, Öl- und Gasleitungen aus den Staaten Iran, Irak, Katar und Ägypten über die Türkei und Kurdistan nach Europa zu bauen. Unter den internationalen Investitionen in der Türkei machen mehr als 8.000 deutsche Unternehmen

einen wichtigen Teil aus. Inzwischen beteiligen sie sich in fast jedem Sektor und erzielen in kurzer Zeit größte Profite.

Bei den Kraftwerken spielt die Wasserkraft mit dazugehörigen Staudämmen eine wichtige Rolle. Durch schnell zu erwartende Gewinne sind die Investitionen besonders hier seit Jahrzehnten sehr hoch. Bekannt hierbei ist seit langem das Südostanatolien-Projekt (GAP), in dessen Rahmen 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke gebaut werden. Deutsche Baufirmen wie Philipp Holzmann, Züblin, Lahmeyer International oder Bilfinger+Berger haben daran bereits gut verdient. Genauso ist es beim Ilisu-Staudammprojekt am Tigris. Zwar wurde es 2009 nach einer langen Kampagne durch die Rücknahme der Kreditbürgschaften und damit der Kredite aus der BRD, Schweiz und Österreich gestoppt, doch wird der Bau mit einer anderen Finanzierung und dem österreichischen Turbinenbauer Andritz AG an der Spitze fortgesetzt, und so geht auch der Widerstand weiter. Gegen weitere Staudammprojekte in Regionen wie Dersim und andere destruktive Großprojekte mit und ohne europäische Finanzierung hat der Protest kaum an Schwung verloren, auch weil immer neue Projekte auf die Tagesordnung kommen und der Lebensraum von Menschen und Natur bedroht wird. Der Gezi-Aufstand im Sommer 2013 hat sich bekanntlich am Erhalt der Bäume im gleichnamigen Istanbul Park entzündet. Die europäischen Konzerne stehen allerdings hinter der AKP, die ihnen ungeahnte Profitmöglichkeiten sichert.

## Repression

Die Repression in Deutschland gegen kurdische AktivistInnen und Strukturen erstreckt sich auf verschiedenste Ebenen. In Verbindung mit dem PKK-Verbot, das 1993 in Kraft trat, kommt es zu (Asyl-)Widerrufsverfahren aus Gründen, die in den ursprünglichen Verfahren zur Anerkennung des Asylstatus geführt hatten. Auch werden Einbürgerungsanträge abgelehnt, weil extremistische Bestrebungen unterstellt werden, wozu oft schon der regelmäßige Besuch kurdischer Vereine und die Teilnahme an legalen Demonstrationen gezählt werden. Ein Ergebnis des PKK-Verbots in Deutschland ist, dass viele KurdInnen sich mittlerweile von

politischen Aktivitäten fernhalten, um ihren als MigrantInnen mühsam erworbenen Status nicht zu gefährden. Kurdische Vereine und Einrichtungen werden flächendeckend überwacht und sind immer wieder Ziel von Razzien. Die Strafverfahren wegen des Zeigens von verbotenen Symbolen etwa auf Demonstrationen und ähnlicher Delikte gehen mittlerweile in die Tausende. Seit 2011 wurden kurdische AktivistInnen auch nach §129b StGB als Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung angeklagt und verurteilt, wenn auch noch nicht rechtskräftig. Vor allem diese Verfahren zeigen, wie sich Deutschland im Kurdistankonflikt zum unmittelbaren Komplizen der Türkei macht. Um nach 20 Jahren PKK-Verbot endlich ein Ende der Repression gegen KurdInnen in Deutschland auf die Tagesordnung zu setzen, organisierte die Kampagne Tatort Kurdistan im November 2013 in Berlin eine erfolgreiche Demonstration, an der über 10.000 Menschen teilnahmen.

Die Koordination der Repression erfolgt seit einigen Jahren international, insbesondere EU-weit. So wurde 2012 dem aus Dänemark sendenden kurdischen Fernsehsender ROJ-TV die Lizenz entzogen als Nachwirkung einer Bedingung, die die Türkei 2009 für die Wahl des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen zum NATO-Generalsekretär stellte. Auch politische Morde gegen die kurdische Opposition mitten in Europa scheinen kein Tabu mehr. Am 9. Januar 2013 wurden die kurdischen Exilpolitikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez im Kurdistan-Informationsbüro in Paris kaltblütig ermordet. In den laufenden Ermittlungen gegen den festgenommenen Hauptverdächtigen verdichten sich die Hinweise, dass der türkische Geheimdienst MIT unmittelbar in die Tat involviert war.

## Kampagne Demokratie hinter Gittern

Im Mittelpunkt der Kampagne stehen die Massenverhaftungen von kurdischen PolitikerInnen und AktivistInnen in der Türkei, die 2009 unter dem Namen „KCK-Operationen“ begannen und darauf abzielen, die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen („Demokratische Autonomie“) zu schwächen. Auf Grundlage der türkischen Antiterrorgesetze wird den Beschuldigten die Mitgliedschaft in der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdi-